

Wahlprüfsteine Seniorenrat

Jan Maik Schlifter, FDP Bielefeld

Frage 1: Was wollen Sie tun, um die Information über die Lebenslagen älterer Menschen in unserer Stadt dauerhaft zu verbessern?

Wir wollen mit einer umfassenden sozialpolitischen Bestandsaufnahme prüfen, welche Angebote und Bedarfe jeweils in den einzelnen Feldern bestehen. Hierzu gehört auch, welche Daten und Informationen über die Bedarfe und den Erfolg von Maßnahmen vorliegen. Bei dann festgestellten Defiziten wäre über die Erweiterung der Informationsbasis nachzudenken. Eine Möglichkeit könnten repräsentative Bevölkerungsbefragungen sein.

Frage 2: Sind Sie bereit, die sozialraumorientierte Quartierssozialarbeit in unserer Stadt deutlich auszubauen und sich insbesondere für die zurzeit schwer bis gar nicht erreichbaren Gruppen (Personen mit Migrationshintergrund, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und in prekären Lebenslagen) zu engagieren?

Gute Sozialpolitik zeichnet sich für uns auch dadurch aus, die begrenzten finanziellen Mittel der Stadt möglichst sinnvoll und zielgenau einzusetzen. Wir wollen alle sozialen Angebote und die Prozesse in der Sozialverwaltung systematisch erfassen, analysieren und vereinfachen. Unser Ziel ist es, dass durch eine koordinierte und zielbewusste Planung mehr Geld für sinnvolle Sozialmaßnahmen, die dem Einzelnen helfen, ausgegeben wird. Dies kann auch ein Ausbau der Quartiersarbeit sein. Darüber hinaus denken wir Freie Demokraten in „Hilfe zur Selbsthilfe“ – bei Personen mit Migrationshintergrund ist für uns z.B. der Erwerb der deutschen Sprache wichtiger Bestandteil zur Integration, auch wenn dies für Ältere sicher viel schwieriger ist. Darüber hinaus wollen wir generell Analphabetismus bekämpfen und sehen Bildung als Schlüssel – gut ausgestattete Schulen sind dabei eine gute Sozialpolitik. Unser Menschenbild: Die allermeisten Menschen wollen etwas leisten, für sich und für andere. Menschen haben nicht zu wenig Ehrgeiz, sie stehen vor zu vielen Hürden. Diese gilt es größtmöglich abzubauen.

Frage 3: Wie wollen Sie die Informationslage zur Altersarmut in unserer Stadt verbessern und welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die Dunkelziffer bei der Nicht-Beantragung von Grundsicherung im Alter zu reduzieren?

Gute Sozialpolitik zeichnet sich für uns auch dadurch aus, die begrenzten finanziellen Mittel der Stadt möglichst sinnvoll und zielgenau einzusetzen. Wir wollen alle sozialen Angebote und die Prozesse in der Sozialverwaltung systematisch erfassen, analysieren und vereinfachen. Unser Ziel ist es, dass durch eine koordinierte und zielbewusste Planung mehr Geld für sinnvolle Sozialmaßnahmen, die dem Einzelnen helfen, ausgegeben wird. Die Bekämpfung von Altersarmut ist ein wichtiges sozialpolitisches Ziel. Was die Stadt in diesem Feld ggf. besser machen kann, ist Aufgabe einer umfassenden sozialpolitischen Bestandsaufnahme.

Frage 4: Was wollen Sie anstoßen, damit das Thema „Einsamkeit im Alter“ für unsere Stadt in Zukunft besser bearbeitet werden kann?

Als Freie Demokraten sind wir für eine offene Bürgergesellschaft, in der das ehrenamtliche Engagement besonders intensiv unterstützt und gefördert wird. Die frühe „Vermittlung“ in ehrenamtliche Tätigkeiten z.B. zu Beginn des Ruhestandes kann dazu beitragen, neue soziale Netzwerke entstehen zu lassen. Wir wollen daher die Arbeit der Freiwilligenagentur ausbauen und intensivieren, denn so kann das Know-How älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Gesellschaft genutzt werden und die Sozialkontakte ausgebaut werden. Wir würden auch diese Frage in einer umfassenden Bestandsaufnahme evaluieren und Maßnahmen ggf. intensivieren und /oder neu ausrichten

Frage 5: Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die gesundheitliche Situation vor allem älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Für eine gute gesundheitliche Situation älterer Menschen ist eine breite ärztliche Versorgung wohnortnah eine der wichtigsten Bedingungen. Wir wollen, dass sich Ärztinnen und Ärzte in der Nähe der Wohnorte der Bielefelderinnen und Bielefelder neu ansiedeln und dort auch bleiben. In Kooperation mit der kassenärztlichen Vereinigung ist eine Maßnahmenplanung zur Anwerbung von Ärztinnen und Ärzten zu konzipieren und umzusetzen. Die neue medizinische Fakultät an der Universität, auf den Weg gebracht durch die Landesregierung aus FDP und CDU, gibt Bielefeld hierbei auch eine Jahrhundertchance. Sie holt Spitzenmedizin in unsere Stadt und macht unsere Kliniken wettbewerbsfähiger. Wer, wie Rot-Grün, nie an eine solche Fakultät geglaubt hat, ist nicht der Richtige, diese Chance zu nutzen. Bei der Ansiedelung von Ärztinnen und Ärzten muss die Stadt eine aktivere Rolle wahrnehmen.

Frage 6: Sind Sie bereit, die Bedarfslage älterer Menschen bei Mobilitätskonzepten zukünftig noch mehr zu berücksichtigen und deren Mitwirkung bei der Entwicklung derartiger Konzepte sicherzustellen? Auf welche Weise soll dies ermöglicht werden?

Mobilität bzw. deren Verlust spielt in zunehmendem Alter eine immer größere Bedeutung. Ein Verlust der Mobilität führt schnell zur Vereinsamung und eines „Abgehängtseins“. Hier muss es u.a. einen attraktiven ÖPNV mit großer Netzabdeckung und einfacher / günstiger Tarifstruktur geben. In diesem Zusammenhang stößt die Abschaffung des PremiumAbos 60 plus bei uns auf Unverständnis. Hier wäre Rot-Grün, die anders als wir im Aufsichtsrat von moBiel vertreten sind, gefordert gewesen, dies zu verhindern.

Frage 7: Was wollen Sie unternehmen, um die Wohnsituation älterer Menschen in unserer Stadt in Zukunft zu verbessern?

Der Wohnraum in Bielefeld ist knapp und Bielefeld bleibt eine wachsende Stadt. Ein knappes Wohnraumangebot führt einerseits zu höheren Mieten, andererseits stehen auch gerade älteren Menschen nicht immer die bestgeeigneten Wohnungen mit an die individuellen Bedürfnissen angepassten Ausbauten zur Verfügung. Dem kann man nur begegnen, in dem man schnell neues Bauland ausweist und schnell mit dem Wohnungsbau beginnt. Die viel beschworene „Baulandstrategie“ wird in den ersten Jahren nur für einen Stillstand sorgen und die Situation noch verschärfen, anstatt die Probleme anzugehen. Wir wollen stattdessen mit einem Maßnahmenpaket „Bielefeld baut“ die private Bautätigkeit vor allem für den Wohnungs- und Einfamilienhausbau ankurbeln. Dafür sind Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, ungenutzte Flächen im Besitz der Stadt zu veräußern und Baugebiete vorzugsweise mit bestehender Verkehrsanbindung auszuweisen.

Frage 8: Sind Sie bereit, in der kommenden Legislaturperiode für die Innenstadt, für die Stadtbezirke und die Endstationen der Straßenbahnen und Busse (als Umsteigepunkte für den ÖPNV) ein schlüssiges Konzept für die Errichtung öffentlicher Toiletten zu erstellen?

Ja. Das Fehlen einer vernünftigen Infrastruktur von öffentlichen Toiletten ist ein Ärgernis. Die Standorte bestehender öffentlichen Toiletten und die „Nette Toilette“ bei einigen Händlern und Gastronomen müssen bekannter gemacht werden. Beides gehört ausgebaut.

Frage 9: Welche bestehenden Beschlüsse zur „Verkehrswende“ bzw. „Mobilitätsstrategie“ würden Sie oder Ihre Partei modifizieren?

Bielefeld darf nicht in Quoten gedacht werden. Der von rot-grün beschlossene „Modalsplit“, in dem die Verkehrsträger Individualverkehr, ÖPNV, Rad und Fußgängerverkehr jeweils zu 25% berücksichtigt sind, wird dem OWLer-Oberzentrum und der Pendlerstadt Bielefeld nicht gerecht. Wir müssen den ÖPNV und das Radfahren einfacher machen. Das Autofahren aber auch. Eine einseitige Verschlechterung des Individualverkehrs führt nicht zu einer Verbesserung der anderen Verkehrsträger, sondern zu einer Gesamtverschlechterung der Mobilität. Wir stehen auch zu Haupttrouten für den Fahrradverkehr – diese müssen aber vielmehr parallel und nicht auf den Hauptstraßen des Autoverkehrs selbst geführt werden. Dies macht auch das Radfahren attraktiver. Bessere Angebote für alle, statt Mobilitätsbeschränkungen für die meisten ist unser Ansatzpunkt.

Frage 10: Welche Möglichkeiten sehen Sie oder Ihre Partei für eine stärkere Einbindung des Seniorenrates in der Umsetzung von Zielen der „Daseinsvorsorge“?

Wir halten es für sinnvoll, den Seniorenrat stärker einzubinden und intensiver auf Vorschläge und / oder Bedenken einzugehen. Dies betrifft alle Bereiche der Zuständigkeit des Seniorenrates.

Frage 11: Was tun Sie oder Ihre Partei auf kommunaler Ebene, damit eine bedürfnisorientierte Versorgung aller Pflegebedürftigen gewährleistet wird?

Selbsthilfegruppen und Beratungsangebote für pflegende Angehörige wollen wir fördern und prüfen, wie wir Angehörige besser in den Planungsprozess zur Pflege integrieren können. Zudem wollen wir die Plätze in der Kurzzeitpflege ausbauen: In Bielefeld stehen 271 Plätze für die Kurzzeitpflege zur Verfügung. Das ist ein Platz für rd. 52 Pflegebedürftige. Im NRW-Vergleich (31,4) ist Bielefeld damit schlechter aufgestellt. Im Rahmen der kommunalen Pflegeplanung setzen wir uns daher für einen Ausbau der Kurzzeitpflege ein.

Frage 12: Was wollen Sie oder Ihre Partei tun, um dauerhaft die Wertschätzung von pflegerischen Berufen in der Gesellschaft zu fördern?

Wir unterstützen eingeleitete Maßnahmen der Bundesregierung zur stärkeren Wertschätzung von Pflegeberufen. Wo dies im Rahmen der kommunalen Arbeit möglich ist, wollen wir dies verstärken. Der allgemeinmedizinische Schwerpunkt der medizinischen Fakultät bieten Anknüpfungspunkte hier vor Ort, den Beitrag der Pflege in der Medizin auch akademisch stärker herauszuarbeiten. Die wissenschaftliche Befassung mit Themen der Pflege ist nicht nur eine Form der Anerkennung sondern

kann auch über Innovationen konkrete Verbesserungen des Pflegealltags für Beschäftigte und zu Pflegende möglich machen.

Frage 13: Welche Maßnahmen wollen Sie oder Ihre Partei veranlassen, um zukünftig bei einer Pandemie / Epidemie ausreichende Vorkehrungen getroffen sind?

Die Verbreitung des Coronavirus hat gezeigt, wie verletzlich das öffentliche Leben ist. Darauf muss Bielefeld zukünftig besser vorbereitet sein. Wir brauchen einen schlagkräftigen und agilen öffentlichen Gesundheitsdienst. Um auf Krisenlagen künftig schneller und effizienter reagieren zu können, soll ein konkreter Pandemieplan für Bielefeld erstellt werden. Grundlage ist ein Runder Tisch, der im Nachgang zur Corona-Pandemie die Ergebnisse zusammenträgt, Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert und auf dieser Basis neue Richtlinien für die Krankenhäuser, Praxen und die Notfallversorgung erarbeitet.